



**Für eine sichere, bezahlbare und
nachhaltige Rohstoffversorgung**

DIHK-Positionspapier November 2025

 **GemeinsamWirtschaftStärken**

Vorbemerkung

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße auf eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Rohstoffversorgung angewiesen. Über 90 Prozent der metallischen Rohstoffe sind Importe.

Angesichts geopolitischer Spannungen, wachsender Konkurrenz und ambitionierter Klimaziele plädiert die DIHK für die zügige Umsetzung einer strategisch ausgerichteten Rohstoffpolitik auf allen Ebenen – national, europäisch und international.

In Deutschland ist zwar das Bewusstsein für die Bedeutung der Rohstoffversorgung gestiegen. Es braucht aber ebenfalls ein wirtschaftspolitisches Bekenntnis zum Bergbau in Deutschland. Notwendig ist ein konsistenter Ansatz der neuen Bundesregierung, den sie auch in ihrer Rolle als wichtiger Player in der EU und auf dem internationalen Parkett einnimmt. Grundlage dafür ist der Einsatz aufeinander abgestimmter Instrumente.

Aus diesem Grunde hat die DIHK gemeinsam mit IHKs, AHKs in rohstoffreichen Ländern und den relevanten DIHK-Fachausschüssen – Industrie und Forschung, Außenwirtschaft, Umwelt und Energie – Handlungsempfehlungen für eine bessere Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft erarbeitet.

Im Fokus stehen dabei mineralische Rohstoffe der ersten und zweiten Wertschöpfungsstufe sowie das Recycling metallischer Rohstoffe.

Berlin, 25. November 2025

Inhalt und Handlungsempfehlungen auf einen Blick

I. Bessere Rahmenbedingungen für internationale Rohstoffsicherung schaffen

Legislative Folgenabschätzung für die Rohstoffsicherung etablieren.....	4
Kriterien- und Umsetzungskatalog für Rohstoffabkommen aufstellen, mit Projekten unterlegen.....	5
Freihandelsabkommen für Rohstoffsicherung nutzen, unter Einhaltung der WTO-Regeln.....	5
Rohstoffstrategie gemeinsam mit der Wirtschaft entwickeln.....	5
Rohstoffsicherung und Entwicklungszusammenarbeit an Wirtschaftsinteressen orientieren, auf Außenwirtschaftsförderung aufbauen	6

II. Heimischen Rohstoffzugang verbessern, bürokratische Hindernisse ausräumen

Digitalen One-Stop-Shop für zügige Genehmigung von Rohstoffprojekten einrichten.....	7
Gewinnung von heimischen Rohstoffen sicherstellen, Genehmigungen erleichtern, Akzeptanz fördern.....	7
Keine staatliche Bevorratung, sondern Bevorratung für Unternehmen erleichtern.....	7

III. Kreislaufwirtschaft und Innovationen mit besseren Rahmenbedingungen stärken

Beschleunigte Genehmigungsverfahren vor allem auch für Rohstoff-Recycling einführen.....	8
Rohstoffe und Rohstoff-Effizienz bei Innovationsförderung stärker berücksichtigen	8
Transparenz über Innovationsförderung für Rohstoffe schaffen	8
Gewinnung von Rohstoffen aus Halden und Nebenprodukten bei Innovationsförderung stärker berücksichtigen	9
Knowhow für Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichern, Investitionen in Ausbildung im Bergbau steigern.....	9

IV. Finanzierungsinstrumente nachjustieren für bessere Risikoabsicherung

Konzept für Public-Private-Partnership gemeinsam mit der Finanzwirtschaft erarbeiten	10
Prozesse beim Rohstoff-Fonds optimieren.....	10
Finanzierungsinstitute für Rohstoffsicherung an einen Tisch holen	10
Finanzierungsinstrumente für Start-Ups und KMUs auflegen.....	10

I. Bessere Rahmenbedingungen für internationale Rohstoffsicherung schaffen

Ausgangslage

Deutschland ist – als Industrieland und drittgrößte Volkswirtschaft der Welt – von Rohstoffen aus dem Ausland abhängig, geopolitische Spannungen und zahlreiche Exportbeschränkungen machen dies noch einmal mehr deutlich. Deutschlands Rohstoffpolitik rangierte bisher oft eher als technisches oder wirtschaftliches Randthema, obwohl es zentral ist für die Energiewende, Digitalisierung, Sicherheit & Verteidigung und generell für die industrielle Souveränität.

Die deutsche Rohstoffpolitik verfolgt bislang einen Drei-Säulen-Ansatz: heimische Förderung, Importe, Recycling. Doch fehlt es hier an einer klaren Priorisierung und Koordination dieser Elemente – auch jenseits der relevanten Ministerien. Hinzu kommt nun laut Koalitionsvertrag eine stärkere Betrauung der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Rohstoffthema. Es bleibt unklar, ob und wie die Ziele der Entwicklungarbeit und die Interessen der Unternehmen an Rohstoffsicherung überein gebracht werden können.

Handlungserfordernisse

Konsistentes politisches Handeln: Rohstoffsicherung hatte bisher gegenüber vielen anderen Themen und Interessen ein geringes Gewicht. Die Bundesregierung sollte wirtschaftliche, ökologische und entwicklungs-politische Ziele klar gewichten und transparent machen, insbesondere beim Bergbau im In- und Ausland sowie bei Empfehlungen an Lieferketten. Denn es ist schwer nachvollziehbar, warum die Bundesregierung sich bei der Diversifizierung von Bezugsquellen für Länder ausspricht, die für Unternehmensinvestitionen nicht nur mit hohen Risiken behaftet sind, sondern wo auch die von der Bundesregierung selbst gesetzten Standards bei Sorgfaltspflichten in der Lieferkette nicht oder nur schwer zu erfüllen sind. Es ist also eine konsistenter Politik erforderlich, wenn es der Bundesregierung und auch der Europäischen Kommission mit der Rohstoffsicherung ernst ist. Die Anforderungen an Unternehmen sollten sich am Risiko und an den realen Einflussmöglichkeiten orientieren. In Hochrisikoländern könnten Übergangsfristen, Pilotprojekte oder abgestufte Berichtspflichten eingeführt werden. Die Bundesregierung könnte „lernende“ Regulierungsansätze einführen, bei denen Erfahrungen aus der Praxis regelmäßig evaluiert und die Anforderungen entsprechend angepasst werden.

DIHK-Empfehlung: Legislative Folgenabschätzung für die Rohstoffsicherung etablieren

Strategischer Ansatz bei Rohstoffallianzen: Deutschland agiert oft zu national statt europäisch oder multi-lateral. Dabei sind mit Blick auf die Abhängigkeit von den internationalen Märkten viele Herausforderungen nur mit Partnern lösbar. Eine noch stärkere Einbindung in EU-Initiativen oder internationale Rohstoffallianzen wäre daher effektiver. Dabei muss von Beginn an die Wirtschaft eingebunden sein, damit bei Abkommen mit rohstoffreichen Ländern sichergestellt ist, dass sie dem wirtschaftlichen Bedarf entsprechen. Darüber hinaus muss klar sein, welche konkreten Vorteile das Abkommen für die Rohstoffsicherung der Wirtschaft hat, wie Unternehmen von dem Abkommen profitieren und wie das Abkommen konkret ausgestaltet ist. Pilotprojekte sind hier nicht nur hilfreich, um Deutschlands Rolle als zuverlässiger Partner zu befördern, sondern verdeutlichen, wie Unternehmen sich engagieren können und welche Chancen ein solches Engagement für die Rohstoffsicherung bietet. Das bestehende, vom BMWE geförderte, Netzwerk an Rohstoffkompetenz-

Zentren in rohstoffreichen Ländern kann hier bei der Identifizierung von Themen und dem Aufsetzen konkreter Projekte unterstützen.

DIHK-Empfehlung: Kriterien- und Umsetzungskatalog für Rohstoffabkommen aufstellen, mit Projekten unterlegen

Handelsabkommen und WTO: Der Abschluss und die Umsetzung von Freihandelsabkommen muss Komponenten enthalten, die Investitionen in konkrete Rohstoffprojekte erleichtern. In den Abkommen gilt es auch, rechtlich verbindlich klarzustellen, dass Partnerstaaten keine Exportverbote und Exportrestriktionen für kritische Rohstoffe einführen dürfen. In diesem Sinne sollte sich die Bundesregierung für die Reform und Stärkung der Welthandelsorganisation zur Sicherung regelbasierter Rohstoffmärkte einsetzen. Exportbeschränkungen sind laut WTO-Recht verboten, werden aktuell aber in vielen Ländern verhängt. Die Bundesregierung und die EU sollten stärker auf die Einhaltung der WTO-Regeln pochen.

DIHK-Empfehlung: Freihandelsabkommen für Rohstoffsicherung nutzen, unter Einhaltung der WTO-Regeln

An den Interessen der Wirtschaft ausgerichtete Rohstoffstrategie: Eine Aktualisierung der deutschen Rohstoffstrategie mit Fokus auf Versorgungssicherheit und einem definierten Umsetzungsplan ist überfällig, um im internationalen geostrategischen Wettbewerb um Rohstoffe mithalten zu können. Denn das Thema Rohstoffsicherung ist in den letzten Jahren immer mehr geprägt durch gezielte staatliche Einflüsse, sei es durch spezifische staatliche Investitionen oder diskretionäre Begrenzung des Zugangs zu Rohstoffen durch Exportrestriktionen. Angesichts der hohen Importquote muss Rohstoffpolitik in Deutschland insbesondere mit Blick auf kritische Bereiche wie Sicherheit und Verteidigung, Medizintechnik, Energieinfrastruktur oder Digitalisierung stärker als Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Wirtschaft verstanden werden. Dies beginnt bei der Einbindung der verfassten Wirtschaft in die Strategiediskussion und gemeinsamen regelmäßigen Monitorings, um bei Bedarf die Strategie anzupassen.

DIHK-Empfehlung: Rohstoffstrategie gemeinsam mit der Wirtschaft entwickeln

Unternehmensfokus auch bei Rohstoffsicherung durch Entwicklungszusammenarbeit: Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) will künftig einen stärkeren Fokus auf den Rohstoffsektor legen. Die EZ zielt ab auf: nachhaltige Entwicklung, gute Regierungsführung, Armutsbekämpfung, Umwelt- und Sozialstandards sowie Friedenssicherung. Dagegen verfolgen Unternehmen unter Anerkennung all dieser Aspekte im Rohstoffsektor primär: Versorgungssicherheit, Investitionsschutz, wirtschaftliche Effizienz, Zugang zu Märkten und Ressourcen. Diese Ziele müssen nicht widersprüchlich sein. Die Ziele der EZ sollten sich jedoch strategisch stärker als bislang an wirtschaftlichen Erwägungen orientieren und dabei die Interessen der Unternehmen berücksichtigen. Nur durch eine abgestimmte Zielsetzung und die Nutzung vorhandener Strukturen wie beispielsweise dem German Mining and Resources Network und den AHKs kann ein kohärenter, wirksamer und verantwortungsvoller Beitrag zur globalen Rohstoff-Governance geleistet werden. Daher sollten auch die AHKs mit ihren bewährten Instrumenten der Außenwirtschaftsförderung wie Markterschließungen, Delegationsreisen oder Unterstützung bei Konsortialbildung eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der deutschen Rohstoffstrategie einnehmen.

DIHK-Empfehlung: Rohstoffsicherung und Entwicklungszusammenarbeit an Wirtschaftsinteressen orientieren, auf Außenwirtschaftsförderung aufbauen

II. Heimischen Rohstoffzugang verbessern, bürokratische Hindernisse ausräumen

Ausgangslage

Obwohl Deutschland über zahlreiche Lagerstätten für Bau- und Industriemineralen verfügt, wird der heimische Abbau u.a. durch langwierige Genehmigungsverfahren, zunehmende Flächenkonkurrenz und Umweltauflagen stark eingeschränkt. Dies führt zu einer paradoxen Situation: Rohstoffe sind vorhanden, werden aber nicht genutzt. Mit den europäischen Regelungen zur Wiederherstellung der Natur könnte sich die Flächenkonkurrenz zudem weiter verschärfen.

Selbst wenn es hierzulande Rohstoffprojekte und andere Möglichkeiten gibt, halten sich Unternehmen insofern mit Investitionen zurück. Dies betrifft sowohl den heimischen Abbau als auch Investitionen in Recycling und Kreislaufwirtschaft.

Und so positiv es ist, dass sich die EU-Kommission das Thema Rohstoffsicherung auf die Fahne geschrieben hat, so führt auch das zu zusätzlichen bürokratischen Hürden für die Unternehmen. Beispielsweise müssen große Unternehmen, die strategische Rohstoffe verwenden, alle drei Jahre eine Risikoanalyse der Lieferkette durchführen, die Ergebnisse dokumentieren und Maßnahmen zur Risikominderung entwickeln. Diese Anforderungen geben die großen Unternehmen dann an ihre Zulieferer, meist kleine und mittlere Unternehmen (KMU), weiter. Für KMU sind diese Anforderungen häufig kaum erfüllbar und führen nicht selten zu überproportional hohen Bürokratiekosten. Das kann wiederum den Wettbewerb verzerren.

Neben bürokratischen Anforderungen enthält der EU-Critical Raw Materials Act, kurz CRMA, zudem Maßnahmen, die zu ambitioniert erscheinen, u.a. das Ziel, bis 2030 40 Prozent der Verarbeitung von Rohstoffen in der EU stattfinden zu lassen. Hierzu fehlt es nicht zuletzt an genügend Kapazitäten zur Umsetzung.

Handlungserfordernisse

Beschleunigung von Genehmigungen: Es bedarf einer Einführung verbindlicher Fristen und eines echten digitalen One-Stop-Shops in den Bundesländern für heimische Rohstoffprojekte. Nur so kann eine Verschlankung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren vorangetrieben werden. Auch die Zusammenarbeit der Bundesländer für gemeinsame Rohstoffprojekte sollte gestärkt werden. Die Erschließung bundesländerübergreifender Rohstoffvorkommen sollte durch eine bessere Koordination zwischen den ländereigenen Anlaufstellen unter dem CRMA verbessert werden, um Belastungen und Verzögerungen durch mehrfache Bürokratie zu vermeiden. Die Reduktion regulatorischer Hürden, insbesondere im Bereich des Umwelt- und Planungsrechtes wäre ein günstiger, ohne Finanzmittel, und schnell umzusetzender Schritt. Er sollte daher rasch erfolgen. Unter anderem würden bereits festgelegte Zeiten für die Vollständigkeitserklärung und darauf aufbauende Fristen für die Bearbeitung von Anträgen sehr hilfreich sein. Zeitnah bedarf es einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Rohstoffprojekte in Europa, inklusive Recycling und Substitution und die Auflösung von Zielkonflikten bei Umwelt- und Sozialstandards. Das im CRMA vorgesehene beschleunigte Genehmigungsverfahren sollte als Maßstab für alle Projekte im Rohstoffbereich gelten und

nicht nur für die unter dem CRMA ausgewählten Projekte. Das Ganze muss unterfüttert werden mit einer digitalen Infrastruktur.

Solch ein zentraler digitaler One-Stop-Shop sollte zudem nicht nur als Plattform für die Antragstellung dienen, sondern auch als transparente Schnittstelle zwischen Unternehmen, Behörden und politischen Entscheidungsträgern fungieren. Dies würde die Planungssicherheit für Unternehmen erhöhen und gleichzeitig das Vertrauen in die Prozesse stärken.

DIHK-Empfehlung: Digitalen One-Stop-Shop für zügige Genehmigung von Rohstoffprojekten einrichten

Heimische Rohstoffgewinnung als wichtiger Baustein für Versorgungssicherheit: Neben den von der EU als kritisch eingestuften Rohstoffen liegen viele regionale mineralische Rohstoffe in Deutschland außerhalb des EU Critical Raw Materials Act (CRMA). Während der CRMA sich auf Rohstoffe mit hohem Versorgungsrisiko und strategischer Bedeutung konzentriert – etwa Lithium, Seltene Erden, Gallium oder Antimon –, umfasst die heimische Gewinnung vor allem nicht-kritische Industriemineralien wie Quarz, Kalkstein, Ton oder Feldspat. Diese sind aber für Bauindustrie und Grundstoffindustrien essenziell und werden in Deutschland in großen Mengen gewonnen. Das wird jedoch in der aktuellen Rohstoffdebatte oft übersehen. Dabei unterliegen auch bestehende Projekte denselben hohen Genehmigungshürden wie neue Vorhaben zu kritischen Rohstoffen, und es mangelt oft an Akzeptanz für den Abbau in der eigenen Nachbarschaft.

DIHK-Empfehlung: Gewinnung und Verarbeitung von heimischen Rohstoffen sicherstellen, Genehmigungen erleichtern, Akzeptanz fördern

Keine Staatliche Bevorratung in Zeiten volatiler Märkte: Die EU-Kommission hat in ihrer „Stockpiling-Strategy“ ein EU-Zentrum für kritische Rohstoffe für 2026 angekündigt. Dieses soll den gemeinsamen Einkauf von Rohstoffen, die Koordinierung strategischer Lagerbestände, die Überwachung der Lieferkette und die Förderung von Investitionen unterstützen. Schon die Bedarfsermittlung für kritische Rohstoffe ist für Unternehmen jedoch schwierig, da Stücklisten wenig über den Verarbeitungszustand aussagen. Zudem ist offen, was im Notfall mit eingelagerten Vorräten passiert – insbesondere, wenn zentrale Verarbeitungsschritte überwiegend außerhalb Europas stattfinden. Zudem ist die europäische Wirtschaft strukturell nur unzureichend in die Überlegungen und Planungen der EU-Kommission eingebunden, insbesondere KMU. Außerdem ist zu befürchten, dass Abwägungen getroffen werden, welche die ohnehin schon volatilen Märkte weiter verzerren. Die gemeinsame Einkaufsplattform für Gas zeigt jedenfalls, dass es nicht einfach genügt, den Unternehmen nur eine Plattform zur Verfügung zu stellen. Wichtiger ist es, entlang der Wertschöpfungskette zu überprüfen, was Unternehmen an einer eigenständigen Bevorratung hindert bzw. einschränkt. Hierbei sollten auch steuerrechtliche bzw. steuerbilanzielle Änderungen in Richtung einer Rohstoffbevorratungsrücklage für die Lagerhaltung im Unternehmen ernsthaft geprüft werden.

DIHK-Empfehlung: Keine staatliche Bevorratung, sondern Bevorratung für Unternehmen erleichtern

III. Kreislaufwirtschaft und Innovationen mit besseren Rahmenbedingungen stärken

Ausgangslage

Bis zu 25 Prozent des Bedarfs an kritischen Rohstoffen soll nach Vorstellung der EU bis 2030 aus Recycling gewonnen werden. Technische Komplexität, mangelnde Rücklaufmengen, fehlende Infrastruktur sowie Preisgefüge und Qualitätsfragen lassen dieses Ziel sehr ambitioniert erscheinen.

Die Recyclingmengen für viele strategisch wichtige Rohstoffe fallen niedrig aus – auch weil es sich aus Kostengründen oftmals nicht lohnt, Rezyklate einzusetzen. Zudem bestehen Qualitätsprobleme. Neben der Wirtschaftlichkeit mangelt es auch an der industriellen Infrastruktur zur Gewinnung von Rezyklaten.

Handlungserfordernisse

Genehmigungsverfahren: Wie generell gilt bei der Entwicklung eines Marktes für Rohstoff-Recycling, dass beschleunigte Genehmigungsverfahren Investitionen in diesen Bereich fördern würden, um das Potenzial zur Gewinnung von Rezyklaten (z.B. Elektroschrott) besser zu nutzen.

DIHK-Empfehlung: Beschleunigte Genehmigungsverfahren vor allem auch für Rohstoff-Recycling einführen

Technologische Souveränität: Investitionen in Forschung und Entwicklung können ein wichtiger Baustein sein, um die Abhängigkeiten bei Rohstoff-Importen zu reduzieren. Wenn dies in das Forschungsrahmenprogramm der EU aufgenommen wird, sollte hier die gesamte Wertschöpfungskette in den Blick genommen und ein besonderer Fokus auf die Rohstoffeffizienz gelegt werden. Sie spielt eine zentrale Rolle für die Rohstoffversorgung, wenn der Bedarf an Primärrohstoffen reduziert und so die Abhängigkeit von Importen verringert wird. Durch effizientere Nutzung, Wiederverwendung und Recycling lassen sich Versorgungslücken vermindern.

DIHK-Empfehlung: Rohstoffe und Rohstoff-Effizienz bei Innovationsförderung stärker berücksichtigen

Förderung von Innovation und Recycling: Bestehende Förderprogramme stehen bereits jetzt für Projekte im Rohstoffbereich offen, sei es für rohstoffeffiziente Technologien, industrielle Kreislaufwirtschaft oder die Substitution von Rohstoffen. Wichtig wäre, diese Möglichkeiten deutlich transparenter zu machen und laufende sowie künftige Projekte für eine konsistente Rohstoffstrategie, u.a. bei Rohstoffpartnerschaften, zu berücksichtigen.

DIHK-Empfehlung: Transparenz über Innovationsförderung für Rohstoffe schaffen

Rohstoffgewinnung aus Halden und ungenutzten Nebenstoffen: Die Gewinnung von Rohstoffen aus Halden und Nebenprodukten der primären Rohstoffgewinnung kann durch gezielte Forschungsförderung und innovative Verfahren wie Biolaugung und sensorgestützte Sortierung vorangetrieben werden. In Deutschland sind viele Halden bereits systematisch erfasst, und neue Technologien, z.B. mit induktiven Verfahren, bieten

auch international – insbesondere in rohstoffreichen Ländern – großes Potenzial für eine nachhaltige Nutzung von Bergbauabfällen sowie den Export dieser deutschen Technologien.

DIHK-Empfehlung: Gewinnung von Rohstoffen aus Halden und Nebenprodukten bei Innovationsförderung stärker berücksichtigen

Deutsches Knowhow im Bergbau: Deutsches Knowhow ist nicht selten ein wichtiger Türöffner zur Mitwirkung an Rohstoffprojekten. Lehrstühle an Hochschulen in den Bereichen Lagerstättenkunde, Bergbau o. ä. werden in Deutschland seit Jahrzehnten weniger, ebenso die Anzahl der Studierenden in den entsprechenden Fächern. Damit geht ein erheblicher Knowhow-Verlust einher, auch in der weiteren Wertschöpfungskette inkl. Bergbautechnologie. Sowohl wirtschaftsnahe Studiengänge als auch wichtige Aus- und Weiterbildung in der Bergbautechnologie sollten als Berufsfelder wieder bekannter gemacht werden.

DIHK-Empfehlung: Knowhow für Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichern, Investitionen in Ausbildung im Bergbau steigern

IV. Finanzierungsinstrumente nachjustieren für bessere Risikoabsicherung

Ausgangslage

Bevor der erste Rohstoff einen Abnehmer erreicht, vergehen in der Regel rund 25 Jahre von der ersten Prospektion über Exploration, Evaluation und Erschließung bis zur Betriebsphase. In dieser Zeit ist der Finanzierungsbedarf so hoch, dass in diesem Betätigungsfeld zumeist nur große institutionelle Investoren vertreten sind. Der Staat kann diese Investitionen flankieren, aber nicht ersetzen. Leitlinie sollte sein, Risiken abzusichern und den volatilen Markt so wenig wie möglich mit Subventionen zu beeinflussen.

Es existieren zahlreiche Förder-Programme wie z. B. Horizon Europe, Innovationsfonds oder InvestEU. Unternehmen müssen sich durch komplexe Antragsverfahren und unterschiedliche Zuständigkeiten kämpfen.

Frühphasige Projekte, z. B. für die Exploration oder für neue Recyclingtechnologien, gelten als zu risikoreich für klassische EU-Förderinstrumente. Die Genehmigungs- und Auszahlungsprozesse sind oft langwierig, was Investitionen verzögert und Projekte gefährdet. So ist der Rohstofffonds der Bundesregierung ein guter Ansatz – auch wenn eine Beteiligung mehr privaten Kapitals prinzipiell sehr wünschenswert wäre. Binnen eines Jahres nach Start des Fonds ist jedoch noch kein Projekt aus dem Fonds gefördert worden.

Handlungserfordernisse

Public-Private-Partnerships: Der Aufbau von Public-Private-Partnerships (PPP) zur Finanzierung strategischer Rohstoffvorhaben im In- und Ausland sollte als weiterer Baustein der Finanzierungssicherung für Rohstoffe erfolgen, z.B. für eine Recyclinginfrastruktur. Länder wie Japan haben bereits funktionierende Strukturen und Kooperationen zwischen Verwaltung und der Privatwirtschaft geschaffen, um eine strategische und nachhaltige Versorgung von Rohstoffen zu gewährleisten, vor allem durch Eigenkapitalbeteiligung in Form von Minderheitsbeteiligungen staatlicher Institutionen, um das Risiko für private Unternehmen zu senken und deren Engagement zu fördern. Denkbar wäre, den bestehenden rein staatlichen Rohstoff-Fonds für private Beteiligungen zu öffnen, um beispielsweise auch institutionelles Kapital aufnehmen zu können.

DIHK-Empfehlung: Konzept für Public-Private-Partnership gemeinsam mit der Finanzwirtschaft erarbeiten

Prozessoptimierung beim Rohstoff-Fonds: Die Kombination aus strengen Förderkriterien, aufwendigen Prüfprozessen, hohen Zugangshürden und finanziellen Einschränkungen hat bislang verhindert, dass Projekte erfolgreich gefördert wurden. Um den Fonds wirksam zu aktivieren, wären vereinfachte Prozesse, klare Zuständigkeiten und Förderbedingungen erforderlich. Zudem sollte der Fonds für den privaten Kapitalmarkt geöffnet werden. Im Zuge dessen wäre die Betrauung von privaten Fondsspezialisten mit dem kompletten Management des Fonds sinnvoll.

DIHK-Empfehlung: Prozesse beim Rohstoff-Fonds optimieren

Erweiterter Instrumentenkasten für Finanzierung: Die Einrichtung spezifischer Finanzierungs- und Absicherungsinstrumente für Rohstoffprojekte über den Rohstofffonds hinaus ist erforderlich. Es geht hier vor allem um die Exploration, das Recycling und die Substitution kritischer Rohstoffe. Bei der Ausweitung des Instrumentenkastens sollten „neue“ Instrumente wie Versicherungen, Pensionsfonds etc. mitgedacht werden. Auch eine stärkere Einbindung der Europäischen Investitionsbank (EIB) und des Europäischen Innovationsfonds in rohstoffbezogene Projekte wäre sinnvoll, um Rohstoffprojekte langfristig und wettbewerbsfähig aufzubauen. Die Nutzung von Instrumenten der EIB, EBRD, DEG, Weltbank oder African Development Bank zur Finanzierung von Rohstoffpartnerschaften sollte ebenfalls in die Überlegungen einfließen.

DIHK-Empfehlung: Finanzierungsinstitute für Rohstoffsicherung an einen Tisch holen

Start-ups und KMU: Deutschland hat zwar nach wie vor ein international anerkanntes Knowhow im Bereich der Bergbautechnologie. Andere Bereiche, wie der Bergbau selbst, haben sich indes zurückentwickelt. Um das Knowhow nicht gänzlich zu verlieren, ist es wichtig, hier zu unterstützen. Auf die Agenda gehören deshalb z.B. spezielle Finanzierungsprogramme für junge Unternehmen – wie Junior Miners – oder KMU mit innovativen Ansätzen in der Rohstoffgewinnung, -verarbeitung oder -substitution. Auch die Einführung von Public-Private-Partnerships, durch die privates Kapital gehobelt wird, Innovationsgutscheine oder Matching-Funds für junge Unternehmen im Rohstoffbereich sowie eine entsprechende Challenge bei der Agentur für Sprunginnovationen sind denkbare Ansätze.

DIHK-Empfehlung: Finanzierungsinstrumente für Start-Ups und KMUs auflegen

Das starke Rohstoff-Netzwerk der Kammerorganisation

Die DIHK hat seit mehr als einem Jahr die Koordination des vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten German Mining & Resources Networks inne. Dieses umfasst das weltweite Netzwerk an Rohstoff-Kompetenzzentren, Auslandshandelskammern und Partnerorganisationen in rohstoffreichen Ländern. In Kombination mit diesem Netzwerk betreibt die DIHK gemeinsam mit der Deutschen Rohstoffagentur und Germany Trade and Invest die zentrale „Anlaufstelle Rohstoffe“ in Deutschland, bei der Unternehmen Unterstützung und Information beim Thema Rohstoffe erhalten. Dort und bei ihrem Netzwerk der IHKs in Deutschland verzeichnet die DIHK zunehmenden Unterstützungsbedarf der Unternehmen bei der Rohstoffversorgung, u.a. beim Thema Exportkontrollen, Marktinformationen und Zugängen zu internationalen Märkten.

Das vorliegende Impulspapier soll deshalb zum einen die dringenden Handlungserfordernisse aufzeigen und viel wichtiger: zu Lösungen führen, die die deutsche Wirtschaft zügig braucht.

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Breite Straße 29

D-10178 Berlin

Telefon +49 30 20308 0

E-Mail info@dihk.de

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Gabriele Rose, Phillip Flore, Dr. Susanne Gewinnus, Christph Petri

Stand: November 2025